

Bebauungsplan Harvestehude 1

Festsetzungen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes
- WA Allgemeines Wohngebiet
- SO Sondergebiet
- z.B. GR 37.000 m² Grundfläche, als Höchstmaß
- z.B. GRZ 0,4 Grundflächenzahl, als Höchstmaß
- z.B. GF 80.000 m² Geschossfläche, als Höchstmaß
- z.B. GH 17 Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß
- z.B. GH 17 Gebäudehöhe über Straßenfläche, als Höchstmaß
- g Geschlossene Bauweise
- Baugrenze
- Straßenverkehrsfläche
- Straßenbegrenzungslinie
- Private Grünfläche
- Mit Gehrechten zu belastende Fläche
- X Durchgang mit Gehrecht
- Fläche für die Erhaltung von Bäumen
- Erhaltung von Einzelbäumen
- LH mind. 4,5 Lichte Höhe, als Mindestmaß

Gesetz / Verordnung siehe Rückseite



Nachrichtliche Übernahmen

- Unterirdische Bahnanlage
- (E) Umgrenzung des Erhaltungsbereichs
- (D) Denkmalschutz

Kennzeichnungen

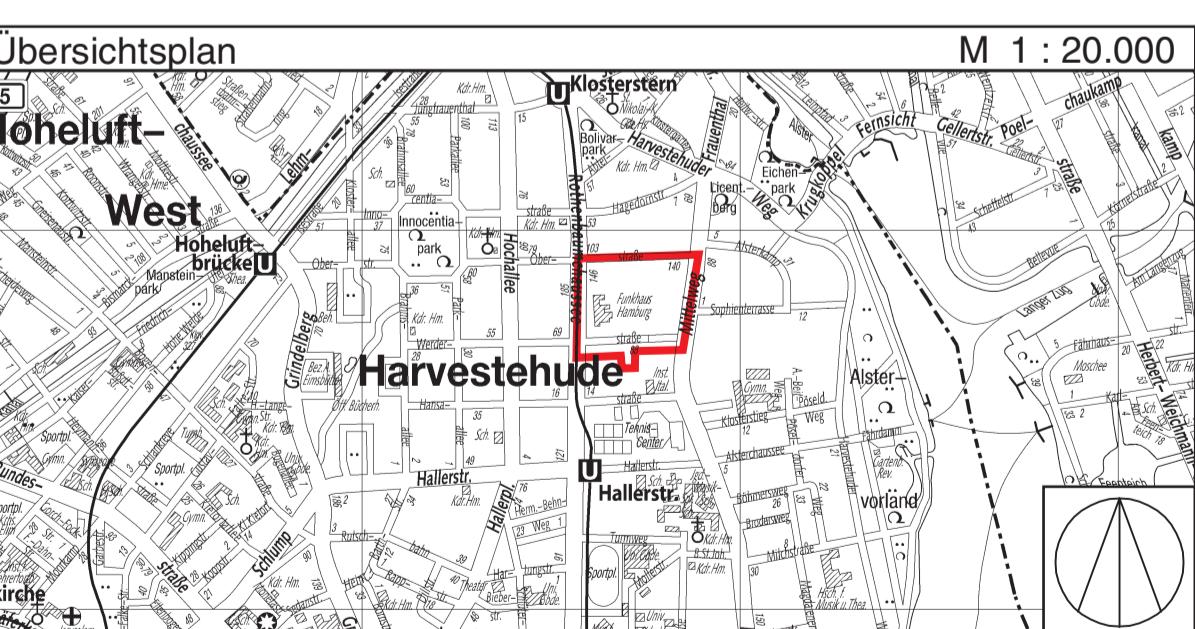
- z.B. 16,1 Straßenhöhe bezogen auf NN
- Vorhandene unterirdische Leitung
- G Gas
- F Fernwärme
- W Wasser
- E Elektrizität
- Vorhandene Gebäude

Hinweise

Maßgebend ist die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 23. Januar 1990 (Bundesgesetzblatt I Seite 133), zuletzt geändert am 22. April 1993 (Bundesgesetzblatt I Seiten 466, 479).

Längenmaße und Höhenangaben in Metern

Der Kartenausschnitt (Digitale Stadtgrundkarte) entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplans dem Stand vom April 2005



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

**Bebauungsplan
Harvestehude 1**

Maßstab 1 : 1000 (im Original)

Bezirk Hamburg-Eimsbüttel

Ortsteil 313

Verordnung
über den Bebauungsplan Harvestehude 1

Vom 25. Januar 2006
(HmbGVBl. S. 27)

Auf Grund von § 10 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1818, 1824), in Verbindung mit § 3 Absatz 1 und § 5 Absatz 1 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), zuletzt geändert am 14. Dezember 2005 (HmbGVBl. S. 525), § 6 Absatz 1 des Hamburgischen Raumordnungsgesetzes in der Fassung vom 20. August 2001 (HmbGVBl. S. 281), zuletzt geändert am 20. April 2005 (HmbGVBl. S. 146), sowie § 1 Absatz 2 und § 3 Absatz 2 der Weiterertragungsverordnung: Bau vom 28. Juni 2000 (HmbGVBl. S. 134), geändert am 1. Februar 2005 (HmbGVBl. S. 21), wird verordnet:

§1

(1) Der Bebauungsplan Harvestehude 1 für den Geltungsbereich zwischen Rothenbaumchaussee – Oberstraße – Mittelweg – Werderstraße (Bezirk Hamburg-Eimsbüttel, Ortsteil 313) wird festgestellt.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt:

Rothenbaumchaussee – Oberstraße – Mittelweg, Südgrenze des Flurstücks 2340 und 2339 – Ost- und Südgrenze des Flurstücks 726, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 725 – Südgrenze des Flurstücks 723 der Gemarkung Harvestehude.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans und die ihm beigegebene Begründung werden beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

(3) Es wird auf Folgendes hingewiesen:

1. Ein Abdruck des Plans und die Begründung können beim örtlich zuständigen Bezirksamt während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrücke beim Bezirksamt vorhanden sind, können sie gegen Kosten erstattung erworben werden.

2. Wenn die in den §§ 39 bis 42 des Baugesetzbuchs bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, kann ein Entscheidungsantrag gestellt werden. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungs pflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die in Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

3. Unbedachtlich sind:

a) eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 bis 3 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
b) eine nach § 214 Absatz 1 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplanes und
c) nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvertrages, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit dem In-Kraft-Treten des Bebauungsplans schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

§2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften:

1. In den allgemeinen Wohngebieten werden Ausnahmen nach § 4 Absatz 3 der Raumitzungsverordnung in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert am 22. April 1993 (BGBl. I S. 466, 479), ausgeschlossen. Auf den Flurstück 230 der Gemarkung Harvestehude, östlich der Rothenbaumchaussee, sind Betrieb des Beherbergungsgewerbes allgemein erlaubt.

2. Im Sondergebiet „Rundfunk- und Medienbetriebe“ sind:

- a) Betriebe oder Einrichtungen, die der Rundfunkproduktion und deren Ausstrahlung sowie der Produktion von elektronischen Medien und deren Verbreitung dienen,
- b) Betriebe oder Einrichtungen für Konzert-, Theater- und Vortragsveranstaltungen wie insbesondere Konzertsäle und Theaterbühnen,
- c) Betriebe oder Einrichtungen, die die Produktion sowie dem Vertrieb von Rundfunk- und Medienprodukten,

Für das Plangebiet werden die bisher bestehenden Bebauungspläne aufgehoben.

§3

Für das Plangebiet werden die bisher bestehenden Bebauungspläne aufgehoben.

wie Büchern, Zeitschriften und Tonträgern dienen, wie insbesondere Buchverlage, Buchhandlungen und CD-Geschäfte; Einzelhandelsbetriebe dürfen eine Geschossfläche von insgesamt 1.200 m² nicht überschreiten, die Kauffläche je Einzelhandelsbetrieb darf 600 m² nicht überschreiten;

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt:

- a) Betriebe oder Einrichtungen, die die Planung, Produktion oder dem Vertrieb technischer Einrichtungen oder Anlagen dienen, die für die Rundfunkproduktion und deren Ausstrahlung sowie für die Produktion von elektronischen Medien und deren Verbreitung erforderlich sind,

- b) Betriebe oder Einrichtungen, die die Schulung im Bereich der Rundfunkproduktion und deren Ausstrahlung sowie der Produktion von elektronischen Medien und deren Verbreitung, wie insbesondere Schulungszentren, dienen,

- c) Betriebe oder Einrichtungen, die die Schulung im Bereich der Rundfunkproduktion und deren Ausstrahlung sowie der Produktion von elektronischen Medien und deren Verbreitung, wie insbesondere Schulungszentren, dienen,

- d) Schieß- und Sportanlagen mit einer Geschossfläche von insgesamt höchstens 500 m². Die Nutzungen dürfen das Wohnen nicht wesentlich stören. Die unter Buchstaben b bis f aufgeführten Betriebe oder Einrichtungen dürfen insgesamt 20 vom Hundert (v. H.) der im Sondergebiet festgesetzten Geschossfläche von 80.000 m² nicht überschreiten.

- e) In den allgemeinen Wohngebieten und im Sondergebiet sind Stellplätze nur in Tiefgaragen zulässig. Im Sondergebiet können ebenerdige Stellplätze für den Besucher- und Wirtschaftsverkehr ausnahmsweise zugelassen werden.

- f) Tiefgaragen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

- g) Im Sondergebiet können die festgesetzten Gebäudehöhen für technische Anlagen (wie zum Beispiel Aufzugsüberfahrtetechnikräume, Zu- und Abflutanlagen) auf einer Fläche von höchstens 30 v. H. der jeweiligen Dachflächen um bis zu 3 m überschritten werden.

- h) Im Sondergebiet dürfen die Baugrenzen für Vorhangsfassaden und Sonnenschutzfassaden um 1 m überschritten werden.

- i) Das festgesetzte Gehrecht umfasst die Befugnis der Freien und Hansestadt Hamburg, einen allgemein zugänglichen Weg anzulegen und zu unterhalten. Geringfügige Abweichungen von dem festgesetzten Gehrecht können zugelassen werden.

- j) Für die nach der Planzeichnung zu erhaltenen Bäume sind bei Abgang Ersatzpflanzungen mit einheimischen Bäumen vorzunehmen. Großkronige Bäume müssen einen Stammdurchmesser von mindestens 20 cm, kleinkronige Bäume einen Stammdurchmesser von mindestens 16 cm, in 1 m Höhe über dem Erdboden gemessen, aufweisen.

- k) Entlang der Rothenbaumchaussee und dem Mittelweg sind im Sondergebiet die Aufenthaltsräume, in den allgemeinen Wohngebieten die Wohn- und Schlafräume von Gebäuden durch eine Grundrisseinteilung in den entsprechenden Gebäudeseiten zu unterteilen. Soweit die Anordnung der in Satz 1 genannten Räume an den lärmabgewandten Gebäudeseiten nicht möglich ist, muss für diese Räume ein ausreichender Lärmschutz durch bauliche Maßnahmen an Außen türen, Fenstern, Außenwänden und Dächern der Gebäude geschaffen werden.

- l) Für das Plangebiet werden die bisher bestehenden Bebauungspläne aufgehoben.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt:

Die Begründung ist in den § 1 Absatz 2 und § 3 Absatz 2 der Bebauungsverordnung festgestellt.